

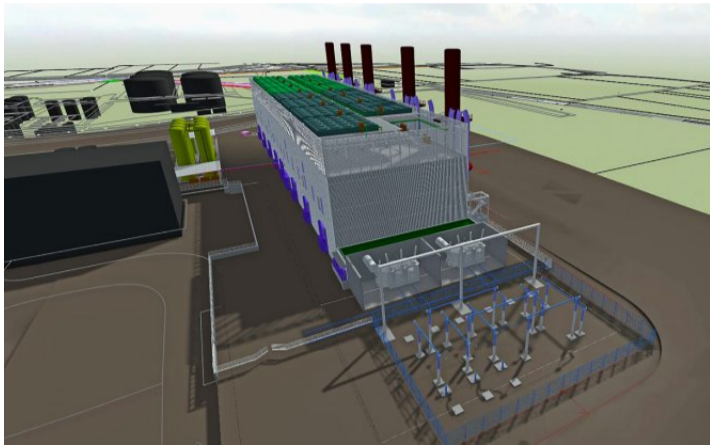
# Röstis Milliarden-Versicherung

Fünf neue Reservekraftwerke sollen die Schweiz künftig vor Stromengpässen bewahren. Doch das wird teuer.

Benjamin Rosch

Der russische Angriffskrieg hat es gezeigt: Die Schweizer Energieversorgung ist verletzlich; verletzlicher, als sich manche vor jenem Februar 2022 eingestanden hätten. Per Notdekret stampfte der Bundesrat in der Folge ein Reservekraftwerk in Birr aus dem Boden. An dessen Stelle sollen nun per 2030 fünf andere treten. Statt wie in Birr mit Schweröl sollen die Anlagen im Wallis, Aargau und Basel-Stadt mit CO<sub>2</sub>-neutralem Brennstoff laufen.

Jetzt ist bekannt, wie teuer diese Energieversicherung wird: Der Bundesrat beantragt beim Parlament für Bau und Bereitstellung der Reservekraftwerke bis 2045 einen Kredit von rund 2,3 Milliarden Franken, heisst es in einer am Freitag verschickten Medienmitteilung. Die Ausgaben seien «haushaltsneutral», betont die Regierung in einer Mitteilung. Was freilich nichts anderes heisst, als dass diese Kosten auf die Stromrechnungen der Endverbraucher draufgeschlagen werden. Zu-



Soll der Schweiz den Strom sichern: Skizze des Reservekraftwerks in Eiken (AG). Bild: zvg

sätzlich notabene zur im Stromgesetz verabschiedeten Wasserkraftreserve.

Angesichts dieser Summen erstaunt es nicht, dass die Finanzen noch zu reden geben werden. Ihrem Jahresprogramm ist zu entnehmen, dass die Eidgenössische Finanzkontrolle die Beschaffung der Winterreserve genauer unter die Lupe nehmen wird. Bereits vor einem Jahr berichtete unter anderem diese Zeitung darüber,

dass die Verhandlungen zwischen Bund und Energiekonzernen um eine Nachfolgelösung für Birr ausgesprochen zäh verlaufen.

Eine erste Ausschreibungsrunde blies Energieminister Albert Rösti gar ab. Viel zu teuer fand er die offerierte Lösung – wobei die jetzige nur wenig günstiger wird als die damals kolportierten 2,6 Milliarden Franken. Vor allem, weil eine einstweilige Übergangslösung

ebenfalls in Birr zwischen 2026 und 2030 auch nochmals etwas mehr als 350 Millionen Franken verschlingt.

## Widerstand im Parlament ist programmiert

Nicht vollständig ausräumen konnte Rösti derweil die Kritik der Zweifler, ob die Schweiz überhaupt eine solche Reserveleistung braucht. Zwar warnt die Elektrizitätskommission vor einer Winterstromlücke und rät zu einer Reserve von aktuell 500, mittel- bis langfristig eher 700 bis 1400 Megawatt. Dies sei aber mit Speicherseen, einer Verbrauchsreserve und Notstromaggregaten zu erreichen, findet beispielsweise der Umweltverband WWF.

«Nachdem bereits immense Summen für einen Umbau eines bisherigen Gasturbinenprüfstandes in Birr bewilligt und ausgegeben werden, sollen weitere überbeuerte Luxuskraftwerke aufgestellt werden», schreibt der Verband in einer Stellungnahme. Im geplanten Zeitraum könnten mit den 2,3 Milliarden Franken zudem viel

mehr ständig produzierende erneuerbare Kraftwerke gebaut werden, «sodass der Bedarf an Stromreserve kleiner wird oder sogar ganz verschwindet».

Eine Argumentation, wie sie ähnlich bereits auch schon SP-Nationalrat und Energiepolitiker Jon Pult äusserte. Rösti kann sich damit auf Widerstand im Parlament einstellen, das sich voraussichtlich in der Herbst- und der Wintersession über die neue Vorlage beugen wird. Allerdings: Die Verträge mit den Energiekonzernen werden dann bereits unterzeichnet sein, wie aus der Medienmitteilung hervorgeht.

Paradoxerweise führt der Bundesrat als Hauptargument ebenfalls die Kosten ins Feld. Noch teurer als eine Reserve würde es für die Schweiz, wenn sie plötzlich ohne genügend Strom dastünde: Risikoanalysen des Bundes berechnen eine dreimonatige Strommangellage im Winter mit Schäden von bis zu 84 Milliarden Franken. Wie schnell aus der Risikoanalyse ein mögliches Szenario werden kann, bewies das Jahr 2022.

## Bundesplatz



Guy Parmelin. Bild: Instagram

Bundespräsident **Guy Parmelin** und Sportminister **Martin Pfister** haben sich zur WM etwas einfallen lassen: In einem Instagram-Video dribbeln sie durchs Bundeshaus und wünschen der Nati, etwas hüftsteif, alles Gute. Der Spielaufbau erfolgt nach dem Kollegialitätsprinzip, technisch ist er ausbaufähig. Aber verglichen mit der Wohnproblematik und den Armeefinzen bewegt sich hier immerhin etwas.

Vielleicht portierte das WM-Video auch eine versteckte Botschaft: Mit seinem sportlichen Auftritt inklusive kurzer Laufsequenz dürfte SVP-Bundesrat Guy Parmelin den erneut aufgetauchten Rücktrittsgerüchten – angeblicher Grund: seine Rückenschmerzen – entgegen gewirkt haben.

## Baume-Schneider macht beim Frühfranzösisch ernst

So will der Bundesrat die Kantone notfalls übersteuern.

Julian Spörri

«Ech cha guet Schwüizerdütsch, das isch fasch mini zwöiti Muetttersproch»: Elisabeth Baume-Schneider machte am Freitag deutlich, wer im Sprachenstreit zwischen Bund und Kantonen den Ton angibt. Die Innenministerin wuchs auf einem Bauernhof im französischsprachigen Jura auf und lernte von ihren Eltern und Grosseltern «Bärndütsch». Vor den Medien in Bern sprach sie abwechselnd Französisch, Deutsch und gar einige – wenn auch vorbereitete – Sätze auf Italienisch.

Nicht allen Deutschschweizer Kantonen ist diese Sprachenvielfalt gleich wichtig. Immer mehr stellen sich gegen das Frühfranzösisch. Nach Appenzell Ausserrhoden, Zürich, St. Gallen und Solothurn fassten dieses Jahr auch die Parlamente von Schwyz, Schaffhausen und Thurgau solche Beschlüsse.

Dass der Bundesrat bereits im Herbst mit einem Eingreifen gedroht hatte, stoppte die Welle nicht. Baume-Schneider und ihre Bundesratskollegen schalten deshalb jetzt einen Gang höher und machen die im November angekündigte Drohung wahr: Sie schicken eine Änderung des Sprachengesetzes in die Vernehmlassung, um das Frühfranzösisch zu sichern.

Dazu schlagen sie zwei Varianten vor. Entweder wird das zwischen den Kantonen ausgehandelte Sprachenkonkordat für die ganze Schweiz verbindlich. Dieses sieht auf der Primarstufe zwei Fremdsprachen

vor, darunter eine Landessprache und Englisch. Oder im Gesetz wird die Minimalvorgabe verankert, dass in allen Kantonen eine zweite Landessprache ab der Primarschule unterrichtet werden muss. Frühfranzösisch wäre in der Deutschschweiz damit zwingend.

### Die Kantone sind in der Zwickmühle

Es treffe sie persönlich, wenn das Interesse verloren gehe, die Sprache der Nachbarn zu verstehen, sagte Baume-Schneider. Die 62-Jährige beschäftigt sich seit Jahren politisch mit dem Thema: Als jurassische Erziehungsdirektorin war sie in den 2000er-Jahren daran beteiligt, den heute geltenden Sprachkompromiss auszuhandeln. Denn Bildungsfragen sind prinzipiell Sache der Kantone.

Auch deshalb war Baume-Schneider bemüht, die eröffnete Vernehmlassung als «präventiv» zu bezeichnen. Erst wenn ein Kanton das Frühfranzösisch tatsächlich abschafft, würde der Bundesrat den Französisch-Befehl umsetzen.

Damit richtet sich der Blick wieder auf die Kantone. Vielerorts müssen die Regierungen erst klären, wie sie die Parlamentsbeschlüsse umsetzen wollen. Gleichzeitig sucht die Erziehungsdirektorenkonferenz nach einem Ausweg. Viel Spielraum bleibt nicht: Entweder entscheiden sich die Kantone selbst dafür, weiterhin Französisch auf der Primarstufe zu unterrichten. Oder sie werden dazu verpflichtet.

ANZEIGE

css.ch/glaub-an-dich

Deine Muskeln ziehen sich täglich Millionen Mal zusammen.

Und manchmal braucht Loslassen die meiste Kraft.

Glaub an dich. Du bist unglaublich.

CSS